

Defizit für 2011: Rund 6,9 Millionen Euro

Grundsteuer soll von 350 auf 420 Prozentpunkte steigen

Maintal (leg). – Die Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2011 durch Bürgermeister Erhard Rohrbach (CDU) brachte gestern Abend wenig Überraschendes. Das umfangreiche Zahlenwerk, das die Maintaler Stadtverordneten erhielten, weist ein Defizit von rund 6,9 Millionen Euro auf. Dieser Fehlbetrag kommt aber nur dann zustande, wenn die Parlamentarier der von Rohrbach vorgeschlagenen Anhebung der Grundsteuer von 350 auf 420 Prozentpunkte zustimmen werden. Sollten sie diese – analog zum vergangenen Jahr – erneut ablehnen, wird das Defizit für 2011 deutlich über sieben Millionen Euro steigen.

Die SPD hatte bereits im Vorfeld der gestrigen Stadtverordnetenversammlung eine Unterschriftenaktion gegen die Erhöhung der Grundsteuer angekündigt (Bericht darüber folgt in der morgigen Ausgabe).

Weiterhin unklar ist jedoch, ob sich die FDP dieser erheblichen Steuererhöhung wiederum verweigern wird. Fraktionschef Dr. Dieter Fritz wollte gegenüber dem *Tagesanzeiger* dazu keine Stellungnahme abgeben. „Wir werden uns dazu öffentlich erst nach unserer Haushaltsklausur äußern“, teilte der FDP-Parteichef lediglich mit. Da davon auszugehen ist, dass CDU und Grüne für, SPD und Wahlalternative WAM aber gegen die Erhöhung der Grundsteuer votieren werden, kommt es erneut auf die Liberalen an, ob Rohrbach mit seinem Vorhaben zum zweiten Mal scheitern, oder sich diesmal durchsetzen wird.

Trotz des zum wie-



Erhard Rohrbach

derholten Male großen Lochs im städtischen Haushalt stehe Maintal, so Rohrbach in seiner Haushaltsrede, im Vergleich zu anderen Kommunen in der Region nicht so schlecht da. Die prognostizierten Defizite von Städten wie Rodgau (14 Millionen Euro) und Dietzenbach (18 Millionen Euro) seien für 2011 erheblich höher als die Neuverschuldung Maintals. Und Hanau kalkuliere für das noch laufende Jahr im städtischen Haushalt gar mit einem Minus von rund 80 Millionen Euro.

„Dagegen nehmen sich die Maintaler Zahlen nahezu enthusiastisch aus“, so der Christdemokrat, der jedoch gleich nachschob, dass „wir uns darauf nicht ausruhen können“. Und seine Forderung war unmissverständlich: „Wir müssen zeitnah den Verzehr öffentlichen Vermögens beenden und wieder zu ausgeglichenen Haushalten kommen. Dies lässt sich mit Ausgabenkürzungen allein nicht bewerkstelligen. Unser kalkuliertes Defizit übersteigt bei Weitem die freiwilligen Leistungen der Stadt Maintal. Daher sind auch Einnahmeerhöhungen unvermeidlich.“ Dies zielt zweifellos vor allem auf die deutliche Anhebung der Grundsteuer ab.

Darüber hinaus müssten aber ebenso die städtischen Ausgaben verringert werden. Auf der Basis der bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen habe der Magistrat deshalb ein „pauschaliertes System erstellt, das abgesehen von unbeeinflussbaren Faktoren für die Gesamtverwaltung eine Reduzierung der Ausgaben um zehn Prozent über alle Budgets vorgibt“. Von einer Umsetzung dieser Konsolidierungsbeschlüsse verspricht sich Rohrbach eine Ausgabenreduzierung um etwa 1,8 Millionen Euro. „Das ist ein ehrgeiziges Ziel“, so der Bürgermeister. Die von ihm bisher so forcierte Sport- und Freizeitanlage in der „Grünen Mitte“ erwähnte er übrigens mit keinem Wort.

Weitere Berichte folgen.